

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

Per E-Mail an:
tarife@e-control.at

Kontakt: Mag. Gabriele Maderbacher
Telefon: +43 (0)1 4004-31600
Fax: +43 (0)1 4004-9931600
gabriele.maderbacher@wienenergie.at
Datum: 24.5.2016

Stellungnahme der Wien Energie GmbH zum Konsultationsdokument der E-Control Austria „Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich“ („Tarif 2.0“)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wien Energie GmbH bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Konsultationsdokument der E-Control zur „Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich („Tarif 2.0“)“.

Allgemeine Anmerkungen

In Österreich bestehen bereits jetzt übermäßige Belastungen für Erzeuger. Die für österreichische Stromerzeuger relevanten Wettbewerbsgebiete und Nachbarländer, beispielsweise Deutschland, haben keine G-Komponente (erzeugerseitige Belastung durch Netzentgelte). Deshalb fordern wir zur Beseitigung der Wettbewerbsnachteile eine Gleichstellung mit Deutschland und eine Abschaffung der G-Komponente in Österreich.

Kapitel 3.1. Netznutzungsentgelt (§ 52 EIWOG 2010) Tarifgefüge zwischen Arbeit und Leistung

1. Eine Anpassung des Leistungspreises darf nur langsam und schrittweise, beginnend mit oberen Netzebenen (1-3) und nicht gleichzeitig über alle Netzebenen erfolgen

Eine Detailbewertung der Aussagen ist erst nach Vorlage konkreter Konzepte möglich. Grundsätzlich ist anzumerken, dass eine Anhebung des Leistungspreises zu höheren Fixkosten führt und daher eine Anpassung nur schritthaltend mit dem Ausmaß des Ausbaus der erneuerbaren Energietechnologien erfolgen kann. **Wir vertreten daher die Ansicht, dass die Anpassung des Leistungspreises langsam und schrittweise, beginnend mit oberen Netzebenen (1-3) und nicht gleichzeitig über alle Netzebenen erfolgen soll.** Eine rasche Netztarifanpassung kann den Ausbau der erneuerbaren Energien zum Erliegen bringen.

Photovoltaik-Anlagen sind darauf ausgerichtet, den Eigenbedarf zu decken und den Kunden dadurch monetäre Einsparungen durch verringerte energie- und arbeitsabhängige Netzkosten zu ermöglichen. Ein höherer fixer Leistungspreis reduziert die Einsparung des Kunden und somit den Betrag, den der Kunde potentiell zur Verfügung hat, um die PV-Stromkosten zu decken (Netzebenen 5-7). Wasserkraftwerke benötigen zum Anlaufen eine Netzstromversorgung. Ein höherer Leistungspreis führt ebenfalls zu höheren Fixkosten. Gleiches gilt für Windkraftanlagen die über Rotorblattheizungen verfügen und im Falle der

Nutzung der Rotorblattheizung von der Netzebene des Windkraftparkanschlusses versorgt werden (Netzebene 4).

2. Hohe Leistungspreise setzen keinen Anreiz für Energieeffizienzmaßnahmen

Bei einer Anpassung des Leistungspreises ist auf die Bestrebungen zur Erhöhung der Energieeffizienz Bedacht zu nehmen ist. Hohe Leistungspreisanteile reduzieren den Anreiz für Energieeffizienz- bzw. Energiesparmaßnahmen.

Kapitel 3.2. Netzverlustentgelt (§ 53 EIWOG 2010)

Abschaffung des Netzverlustentgeltes und Überführung in das Netznutzungsentgelt

Ebenso wie das Konsultationsdokument ist Wien Energie der Auffassung, dass das Netzverlustentgelt gerade für Einspeiser negative Auswirkungen auf die Kraftwerksstandortwahl hat. Dadurch werden die Wettbewerbsnachteile österreichischer Kraftwerksbetreiber im europäischen Binnenmarkt verschärft. Daher vertreten wir die Ansicht, dass das Netzverlustentgelt für Erzeuger entfallen soll. Als mögliche Kompensation könnten die anfallenden Kosten des Netzverlustentgelts über das Netznutzungsentgelt abgegolten werden, wie dies vom Consentec/Bogner Gutachten empfohlen wird.

Kapitel 3.3. Anschlussentgelte: Netzbereitstellungs- und zutrittsentgelt (§ 54f EIWOG 2010)

Abschaffung des Netzbereitstellungsentgelts ohne gleichzeitige Ausweitung des Netzzutritts um einen pauschalen Anteil, jedenfalls keine Ausdehnung des Netzbereitstellungsentgelts auf Erzeuger

Wien Energie unterstützt im Sinne der obigen Ausführungen zur G-Komponente eine Entlastung der Erzeuger durch Netzentgelte und somit auch eine Abschaffung des Netzbereitstellungsentgelts, jedoch ohne gleichzeitige Ausweitung des Netzzutritts um einen pauschalen Anteil. Der pauschale Anteil würde für Anlagen mit geringen Volllaststunden eine erhöhte Belastung darstellen, die den Ausbau hemmen (PV, Wind, etc.).

Keinesfalls darf eine Ausdehnung des Netzbereitstellungsentgelts auf Erzeuger erfolgen. Von einer Ausdehnung des Netzbereitstellungsentgelts auf Erzeuger wären hauptsächlich alle Neuinvestitionen in erneuerbare Energien betroffen. Dies würde den Ausbau gefährden und zudem zu einer weiteren Verzerrung im internationalen Strommarkt führen. Unklar wäre zudem, wie dies bei Repowering gehandhabt werden würde. Eine Ausweitung würde auch in diesem Fall Energieeffizienzsteigerungen massiv hemmen.

Kapitel 3.4. Messentgelt

1. Abschaffung des Messentgelts

Wien Energie unterstützt die Abschaffung des Messentgelts, wie dies auf Seite 49 des Konsultationsdokuments empfohlen wird. Um Wettbewerbsnachteile zu beseitigen, sollte dieses für alle Erzeuger abgeschafft werden.

2. Keine Doppelbelastung für Erzeuger mit reinen Bezugsleitungen

Eine Integration des Messentgelts in das Netznutzungsentgelt und eine gleichzeitige Einführung eines Messentgelts für Erzeuger mit Bezugsleitungen - wie im Konsultationsdokument gefordert - würde eine ungerechtfertigte Doppelbelastung für diese Erzeuger bedeuten. Die Doppelbelastung entsteht dadurch, dass die Erzeuger bereits durch ihren Beitrag am Netznutzungsentgelt für die Messkosten aufkommen.

Kapitel 3.5. Systemdienstleistungsentgelt

1. Gänzliche (100 %) Verrechnung des Systemdienstleistungsentgelts über die Ausgleichsenergiepreise (Verursachungsgerechte Kostentragung)

Wien Energie tritt für eine 100 %ige Verrechnung des Systemdienstleistungsentgelts über die Ausgleichsenergiepreise ein. Damit werden die Kosten verursachungsgerecht von den Bilanzgruppen getragen.

Momentan bezahlen die Erzeuger 78 % der Systemdienstleistungen direkt, die restlichen 22 % werden über die Ausgleichsenergie in der Bilanzgruppe verrechnet. Die Kosten des Systemdienstleistungsentgelts stellen vor allem für Betreiber von KWK-Anlagen einen erheblichen Wettbewerbsnachteil am Erzeugungsmarkt dar. Einerseits werden sie durch die Bereitstellung von mengenmäßig großer Grundlastlieferung in den Wintermonaten über das Systemdienstleistungsentgelt stark belastet, andererseits können KWK-Anlagen infolge ihrer Fahrweise nur eingeschränkt am Markt für Sekundärregelenergie teilnehmen.

Eine Verrechnung zu 100 % über die Ausgleichsenergie in der Bilanzgruppe würde eine verursachungsgerechte Abrechnung ermöglichen. Verbraucher und Erzeuger würden je nach Abweichung vom Fahrplan das Systemdienstleistungsentgelt entrichten.

2. Absenkung der Grenze für die Entrichtung eines Systemdienstleistungsentgelts von 5 MW auf 500 kW, keine gänzliche Auflassung der 5 MW Grenze

Wien Energie tritt für keine Abschaffung der 5 MW Grenze ein, sondern regt eine Absenkung der Grenze für die Entrichtung eines Systemdienstleistungsentgelts von 5 MW auf 500 kW an. Eine Grenze von 500 kW ist aus organisatorischen Gründen und für eine angemessene Kostenaufteilung erforderlich.

Kapitel 3.6. Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke und Regelreserve

1. Unterstützung für die Beibehaltung des reduzierten Netznutzungsentgeltes für Regelreserve

Das reduzierte Netznutzungsentgelt für Regelreserve muss beibehalten werden. Eine Abschaffung würde die Systemdienstleistungsentgelte signifikant erhöhen und Investitionen in Regelreserve bereitstellende Kraftwerke unwirtschaftlich werden lassen.

2. Unterstützung der Beibehaltung des reduzierten Netznutzungsentgelts für Pumpspeicher

Pumpspeicher sind wie negative Regelenergie nur systemrelevant und nicht netzrelevant. Dies erfordert bei einer Evaluierung eine Gleichbehandlung. Andernfalls käme es zu einer Bevorzugung für bestimmte Regelenergie-Technologien.

Kapitel 3.8.1. Demand Side Management & Flexibility

Nach Ansicht von Wien Energie stehen diese Themen nicht in direktem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur. Die Diskussion darüber ist daher gesondert zu führen.

Jedenfalls sollte die Vermeidung von Lastspitzen marktbasiert erfolgen. Hier sollte vermiedener Netzausbau auch durch intelligentes Demand Side Management monetär bewertet werden und somit Dritten ermöglicht werden, Netzdienstleistungen wirtschaftlich anzubieten.

Es ist zu betonen, dass die Beschaffung von Netzdienstleistungen allgemein ebenso wie Flexibilität und Speicherleistung im Speziellen inklusive der Vergütung ebenfalls marktbasiert erfolgen muss. Eine nicht-marktbasierte Beschaffung oder Aufbringung dieser Leistungen durch die Netzbetreiber würde zu nicht wünschenswerten Verwerfungen und Marktverzerrungen führen.

Kapitel 3.8.2. Überlegungen zur Tarifstruktur generell im Kontext zur Einführung von Smart Meter auf der Netzebene 7 nicht gemessen

Eine Gleichstellung von leistungsgemessenen und nicht-leistungsgemessenen Kunden wird von der Wien Energie GmbH bevorzugt

Die unterschiedliche Tarifstruktur auf gleicher Netzebene von leistungsgemessenen und nicht-leistungsgemessenen Kunden stellt eine Hürde zur vermehrten Ausbreitung von innovativen Geschäftsmodellen dar. Aus diesem Grund sollte die Unterscheidung zukünftig entfallen.

Kapitel 3.8.3. Netzkostentragung bei Überschusseinspeisung

1. Keine Einführung einer Pauschale für Überschusseinspeiser auf Basis installierter Leistung

Eine derartige Pauschalierung würde die Wirtschaftlichkeit von Photovoltaikanlagen angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (niedrige Strompreise) deutlich belasten und den angestrebten Ausbau dieser Technologie behindern¹. Da bei Überschusseinspeisern die Energie dort erzeugt wird, wo sie auch verbraucht wird, gibt es bei diesem Modell keine energetischen Verluste bei der Übertragung. Genau diese Überlegung würde aber durch die Pauschale ebenso bestraft, wie die Entscheidung des Endverbrauchers an sich, in eine erneuerbare Technologie zu investieren.

2. Keine freiwillige Begrenzung der Einspeiseleistung mittels Fernabschaltung durch den Netzbetreiber

Die Fernabschaltung, um das Pauschale zu vermeiden, sollte nicht über den Netzbetreiber sondern markt-basiert erfolgen, d.h. durch den Anlagenbetreiber oder dessen Dienstleister und zwar nach den Anforderungen des Netzbetreibers.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Gabriele Maderbacher

Leitung Public Affairs

¹ Im Abschnitt 3.8.3 wird die Einführung einer Pauschale für Überschusseinspeiser auf Basis der installierten Leistung gefordert. Die vorgeschlagenen Werte der Pauschale variieren dabei nach Netzbereich – das Österreich-Mittel liegt im Jahr bei 35,3 €/a bei einer 5 kWp Anlage mit 900 Vollaststunden. Da von einem Eigenverbrauchsgrad von 30% ausgegangen wird ($5 \times 900 \times 0,3 = 1.350 \text{ kWh}$), würde jede von der Anlage erzeugte und nicht eingespeiste kWh im Österreichschnitt mit 2,61 ct belastet werden ($35,3 / 1.350 = 2,61 \text{ ct/kWh}$).